

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 23.06.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNG

Andreas Hauer/Matthäus Metzler (Hrsg),

Schriftsatzmuster Öffentliches Recht 2017

ISBN 978-3-902883-29-2, 5. Auflage, XII und 188 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 69/2017

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz betreffend die Rentenleistung für Opfer von Gewalt in Heimen (**Heimopferrentengesetz-HOG**) erlassen und das **Verbrechensopfergesetz** geändert wird (Einführung einer gesetzlichen Rentenleistung anstatt der Ersatzleistungen des Verdienstentgangs für bestimmte Opfergruppen)

BGBI I 70/2017

Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 geändert wird (**AWG-Novelle Seveso III**) (Verpflichtung des Betriebsinhabers, alle notwendigen Maßnahmen nach dem Stand der Technik zur Vermeidung schwerer Unfälle und zur Begrenzung möglicher Unfallfolgen zu ergreifen; Dokumentation über die vom Betriebsinhaber ergriffenen Maßnahmen zur Vermeidung schwerer Unfälle und zur Begrenzung möglicher Unfallfolgen; Inspektionen der Behörde über die Einhaltung der Verpflichtungen des Betriebsinhabers; Beschlagnahme von Abfällen als Sicherheitsmaßnahme)

BGBI I 71/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Pflanzgutgesetz 1997** geändert wird (Umsetzung der EU-Durchführungsrichtlinien welche im Bereich des Vermehrungsguts von Obstpflanzen Neuregelungen hinsichtlich der Registrierung von Versorgern, der Eintragung von Sorten, der Etikettierung und Verschließung des Pflanzenguts sowie der spezifischen Anforderungen an das Vermehrungsmaterial enthalten)

[BGBl I 72/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Maß- und Eichgesetz** geändert wird (Streichung der Eichpflicht bei bestimmten Messgeräten; Streichung der Nacheichpflicht bei bestimmten Messgeräten; Verlängerung von Nacheichfristen bei bestimmten Messgeräten)

[BGBl I 73/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird – **WKG-Novelle 2017** (Verbesserung von Formulierungen; Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Gewerbeausübung; Schaffung einer Möglichkeit der schriftlichen Stimmrechtsübertragung für Fachvertreter; Schaffung einer Grundlage für auf Dauer gestellte Datenübermittlungen; Maßnahmen zur Entlastung der Kammermitglieder; Klarstellungen zum Begriff „Schiedsgericht“)

[BGBl I 74/2017](#)

Bundesgesetz zur Unterstützung von kommunalen Investitionen (**Kommunalinvestitionsgesetz 2017 – KIG 2017**) (Einrichtung eines kommunalen Investitionsprogramms)

[BGBl I 75/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur Arbeitsmarktintegration von arbeitsfähigen Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten sowie AsylwerberInnen, bei denen die Zuerkennung des internationalen Schutzes wahrscheinlich ist, im Rahmen eines Integrationsjahres (**Integrationsjahrgesetz – IJG**) erlassen wird und das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz geändert wird (**Arbeitsmarktintegrationsgesetz**) (Integration von Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten und Personen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit)

[BGBl I 76/2017](#)

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß **Art 15a B-VG** über das Verwaltungs- und Kontrollsystem in Österreich für die Durchführung der operationellen Programme im Rahmen des Ziels „**Investitionen in Wachstum und Beschäftigung**“ und des Ziels „**Europäische Territoriale Zusammenarbeit**“ für die Periode 2014 – 2020 (Vereinbarung zur effizienten und ordnungsgemäßen Abwicklung der EFRE-Programme in der Periode 2014-2020; Vereinbarung zur effizienten und ordnungsgemäßen Abwicklung des ESF-Programms Beschäftigung Österreich 2014-2020)

[BGBl II 157/2017](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen über den **56. Nachtrag zum Arzneibuch**

[BGBl II 162/2017 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft betreffend das **Verzeichnis der harmonisierten Normen für die Sicherheit von Persönlichen Schutzausrüstungen**

[BGBl III 89/2017 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem Ministerrat Bosnien und Herzegowinas über die **wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit**

[BGBl III 90/2017](#)

Nichtanwendung bzw. Beendigung von bilateralen völkerrechtlichen Verträgen mit Grenzbezug zwischen der Republik Österreich und Ungarn bzw. deren Bestimmungen auf Grund der **Anwendung des Schengen-Besitzstands** durch Ungarn

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 152 v 16.06.2017, 1](#)

Beschluss (EU) 2017/1002 der Kommission vom 7. Juni 2017 über die geplante **Bürgerinitiative** „Stop Extremism“

[ABI L 154 v 16.06.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über die **Unionsmarke**

[ABI L 155 v 17.06.2017, 23](#)

Beschluss (EU) 2017/1021 der Kommission vom 10. Januar 2017 über die **staatliche Beihilfe** SA 44727 2016/C (ex 2016/N), die Frankreich der Areva-Gruppe zu gewähren beabsichtigt

[ABI L 157 v 20.06.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/1004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Einführung einer Rahmenregelung der Union für die Erhebung, Verwaltung und Nutzung von Daten im **Fischereisektor** und Unterstützung wissenschaftlicher Beratung zur Durchführung der **Gemeinsamen Fischereipolitik** und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 199/2008 des Rates

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

09.06.2017, [E 484/2017 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Feststellung der Zuständigkeit Bulgariens sowie Anordnung der Außerlandesbringung infolge Unterlassens eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens zur Versorgungslage von Asylwerbern in Bulgarien; Widerspruch zwischen rechtlicher Beurteilung und Länderfeststellungen

09.06.2017, [E 3223/2016](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status des Asylberechtigten bzw subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung einer Rückkehrentscheidung hinsichtlich eines der ethnischen Gruppe der Tama zugehörigen Staatsangehörigen des Sudan wegen Unterlassens jeglicher Ermittlungstätigkeit zur Volksgruppenzugehörigkeit des Bf sowie zur aktuellen Situation dieser Volksgruppe im Herkunftsstaat

14.06.2017, [G 16/2017](#)

B-VG; Zurückweisung des **Individualantrags** auf Aufhebung (von Bestimmungen) des BG über die **Enteignung** der Liegenschaft Salzburger Vorstadt Nr 15, **Braunau am Inn**, mangels Legitimation

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

11.05.2017, [Ro 2016/04/0008](#)

GewO; **Rauchfangkehrer-Gewerbeberechtigung** für sicherheitsrelevante Tätigkeiten; **konkurrierende Anmeldungen**; die Bedarfsbindung der Gewerbeberechtigung für die sicherheitsrelevanten Tätigkeiten erfordert eine Rechtsschutzmöglichkeit; konkurrierende Rauchfangkehrer haben Parteistellung und Beschwerdelegitimation nicht nur hinsichtlich der Untersagung der eigenen Gewerbeausübung, sondern auch hinsichtlich des Vorliegens der Gewerbevoraussetzungen des Mitbewerbers; unter den Anmeldungen ist jene auszuwählen, die in zeitlicher Hinsicht zuerst erfolgte; für die Prüfung der zeitlichen Priorität kommt es auf den Zeitpunkt an, in dem die Gewerbebeanmeldung wirksam erfolgte, in dem also alle erforderlichen Nachweise bei der Behörde eingelangt sind

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 17.05.2017, [W228 2107195-1](#)

AVG; die Vorgehensweise zwei Verfahren über getrennte, gesetzlich vorgegebene Behördenzuständigkeiten hinweg zu verbinden ist rechtswidrig und verletzt das Recht auf den gesetzlichen Richter; die Auslegung der Norm dahingehend, dass eine solche **Verbindung von Behördenzuständigkeiten** von der Norm intendiert ist, unterstellt dieser einen verfassungswidrigen Inhalt und verstößt gegen das **Prinzip der Gewaltentrennung**; die Regelungsbefugnis über zuständigkeitsübergreifende Entscheidungen bzw unter welchen Voraussetzungen Zuständigkeiten eigenmächtig verbunden werden dürfen, kommt nur dem Gesetzgeber zu

LVwG NÖ 15.03.2017, [LVwG-AV-215/001-2016](#)

NÖ GrundverkehrsG; eine **Kaufpreisgestaltung** die den **ortsüblichen Wert** um 65 % übersteigt, ist ein grundverkehrsbehördlicher Versagungsgrund iSd § 6 Abs 2 Z 4 NÖ GrundverkehrsG, wenn für die **erhebliche Überschreitung** keine ausreichende Begründung gegeben ist; die Regelung über die Höhe der Gegenleistung ist mit der Materie des Grundverkehrsrechts schon deshalb untrennbar verknüpft, da ohne Einflussnahme auf die Preise die Ziele des NÖ GrundverkehrsG, nämlich die Erhaltung, Stärke und Schaffung eines leistungsfähigen Bauernstands, nicht erreicht werden können

LVwG Vbg 02.06.2017, [LVwG-404-5/2016-R1](#)

AVG; unnötige **Barauslagen** dürfen nicht auf die Parteien überwältigt werden; die bloße Weiterverrechnung der der Behörde in Rechnung gestellten Kosten für mangels technischer Möglichkeiten extern angefertigte Kopien an die Akteneinsicht begehrende Person kann allerdings nicht dazu führen, dass diese iSd Rsp als **unsachlich überhöht** angesehen werden, auch wenn diese dadurch eine nicht unerhebliche Höhe (in casu von über 40 Euro pro A0 Kopie) erreichen; außerdem bedeutet eine **Freistellung von Verwaltungsabgaben** durch den Landesverordnungsgeber für gewisse Abschriften nicht, dass deshalb im Zuge der Akteneinsicht keine Barauslagen iSd § 17 Abs 1 AVG verrechnet werden dürfen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[15.06.2017, Rs C-368/15, Ilves Jakelu](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 97/67/EG – Art 9 – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Postdienste – Begriffe **Universaldienst und Grundanforderungen** – Allgemein- und Einzelgenehmigungen – Genehmigung zur Erbringung von Postdiensten zur Durchführung von individuell ausgehandelten Verträgen – **Auferlegte Bedingungen**

[15.06.2017, Rs C-436/15, Alytaus regiono atlieky tvarkymo centras](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Art 3 Abs 1 – **Finanzierung aus dem Kohäsionsfonds** – Vorhaben der Entwicklung eines regionalen Abfallentsorgungssystems – Unregelmäßigkeiten – Begriff ‚mehrjähriges Programm‘ – Endgültiger Abschluss des mehrjährigen Programms – **Verjährungsfrist**

[15.06.2017, Rs C-513/15, Agrodetalé](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Binnenmarkt** – **EG-Typgenehmigung** – Richtlinie 2003/37/EG – Geltungsbereich – Land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen – Inverkehrbringen und Zulassung von aus einem Drittland in die Europäische Union eingeführten Gebrauchtfahrzeugen – Begriffe ‚Neufahrzeug‘ und ‚Inbetriebnahme‘

[15.06.2017, Rs C-587/15, Lietuvos Respublikos transporto priemonių draudikų biuras](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Unfall, der sich 2006 zwischen Fahrzeugen ereignete, die ihren gewöhnlichen Standort in verschiedenen Mitgliedstaaten haben – Geschäftsordnung des Rates der nationalen Versicherungsbüros der Mitgliedstaaten – **Unzuständigkeit des Gerichtshofs** – Richtlinie 2009/103/EG – Zeitliche

Unanwendbarkeit – Richtlinien 72/166/EWG, 84/5/EWG und 2000/26/EG – Sachliche Unanwendbarkeit – Art 47 der **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Unanwendbarkeit – Keine Durchführung des Rechts der Union

[15.06.2017, Rs C-19/16 P, Al-Faqih ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** (GASP) – Bekämpfung des **Terrorismus** – Spezifische **restriktive Maßnahmen** gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban in Verbindung stehen – Verordnung (EG) Nr. 881/2002 – **Einfrieren von Geldern** und wirtschaftlichen Ressourcen natürlicher und juristischer Personen, die in eine vom Sanktionsausschuss der Vereinten Nationen erstellte Liste aufgenommen wurden – Erneute Aufnahme der Namen dieser Personen in die Liste in Anhang I der Verordnung Nr. 881/2002 nach Nichtigerklärung der ersten Aufnahme – Beendigung der Existenz der juristischen Person während des Verfahrens – **Prozessfähigkeit**

[15.06.2017, Rs C-249/16, Kareda](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Gerichtliche Zuständigkeit in **Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 1 – Begriffe ‚Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ und ‚Vertrag über die **Erbringung von Dienstleistungen**‘ – **Regressklage** eines Gesamtschuldners eines Kreditvertrags gegen einen anderen Gesamtschuldner – Bestimmung des Ortes, an dem die Verpflichtung aus dem Kreditvertrag erfüllt worden ist oder zu erfüllen wäre

[15.06.2017, Rs C-349/16, T KUP](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Dumping** – Verordnung (EG) Nr 1472/2006 – Einführen bestimmter Schuhe mit Oberteil aus Leder mit Ursprung in China und Vietnam – Gültigkeit der Durchführungsverordnung (EU) Nr 1294/2009 – Verfahren der Auslaufüberprüfung von **Antidumpingmaßnahmen** – Unabhängige Einführer – Stichprobenverfahren – **Unionsinteresse**

[15.06.2017, verb Rs C-444/16 und C-445/16, Immo Chiaradia](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 78/660/EWG – **Jahresabschluss** von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen – **Grundsatz der Bilanzwahrheit** – Grundsatz der Vorsicht – Gesellschaft, die eine Aktienoption ausgibt und den Veräußerungspreis dieser Option in dem Geschäftsjahr, in dem diese Option ausgeübt wird, oder am Ende der Laufzeit dieser Option verbucht

[21.06.2017, Rs C-621/15, W ua](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 85/374/EWG – **Haftung für fehlerhafte Produkte** – Art 4 – Arzneimittelhersteller – Impfstoff gegen Hepatitis B – Multiple Sklerose – Beweise für einen Fehler des Impfstoffs und für den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Fehler und dem erlittenen Schaden – **Beweislast** – Art und Weise der **Beweisführung** – Fehlen eines wissenschaftlichen Konsenses – Der Würdigung des Tatsachengerichts überlassene ernsthafte, klare und übereinstimmende Indizien – Zulässigkeit – Voraussetzungen

[21.06.2017, Rs C-9/16, A](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EG) Nr 562/2006 – Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (**Schengener Grenzkodex**) – Art 20 und 21 – Überschreiten der Binnengrenzen – **Kontrollen** innerhalb des Hoheitsgebiets – Nationale Regelung, nach der Kontrollen zur **Feststellung der Identität** von Personen zulässig sind, die innerhalb eines Gebiets von 30 km ab der gemeinsamen Grenze mit anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen aufgegriffen werden – Kontrollmöglichkeit ohne Ansehung des Verhaltens der betroffenen Person oder des Vorliegens besonderer Umstände – Nationale Regelung, die bestimmte **Personenkontrollmaßnahmen** auf dem Gelände von Bahnhöfen gestattet

[22.06.2017, Rs C-549/15, E ON Biofor Sverige](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen – **Biokraftstoffe im Verkehrssektor** – Richtlinie 2009/28/EG – Art 18 Abs 1 – **Massenbilanzsystem**, das sicherstellen soll, dass Biogas die vorgeschriebenen **Nachhaltigkeitskriterien** erfüllt – Gültigkeit – Art 34 und 114 AEUV – Nationale Regelung, nach der die Massenbilanz innerhalb eines eindeutig abgegrenzten Bereichs ausgeglichen sein muss – Praxis, mit der die zuständige nationale Behörde anerkennt, dass diese Bedingung erfüllt sein kann, wenn nachhaltiges **Biogas** über das nationale Gasnetz transportiert wird –

Anweisung dieser Behörde, mit der ausgeschlossen wird, dass diese Bedingung durch Einfuhr von nachhaltigem Biogas aus anderen Mitgliedstaaten über nationale Gasverbundnetze erfüllt werden kann – **Freier Warenverkehr**

[22.06.2017, Rs C-20/16, Bechtel](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – In einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnsitzmitgliedstaat erzielte Einkünfte – Methode der **Steuerbefreiung** mit Progressionsvorbehalt im Wohnsitzmitgliedstaat – Beiträge zur **Altersvorsorge- und Krankenversicherung**, die von den in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnsitzmitgliedstaat erzielten Einkünften einbehalten werden – Abzug dieser Beiträge – Voraussetzung des Nichtvorliegens eines unmittelbaren Zusammenhangs mit steuerfreien Einnahmen

[22.06.2017, Rs C-49/16, Unibet International](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Beschränkungen – Voraussetzungen für die Erteilung einer **Konzession** für die Veranstaltung von **Online-Glücksspielen** – Praktische Unmöglichkeit der Erlangung einer entsprechenden Erlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten niedergelassene private Wirtschaftsteilnehmer

[22.06.2017, Rs C-126/16, Federatie Nederlandse Vakvereniging ua](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Richtlinie 2001/23/EG – Art 3 bis 5 – **Übergang von Unternehmen** – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer – Ausnahmen – **Insolvenzverfahren** – ‚Pre-pack‘ – Fortbestand eines Unternehmens

B. SCHLUSSANTRÄGE

[15.06.2017, verb Rs C-688/15 und C-109/16, Anisimoviené ua \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Einlagensicherungssysteme** und Systeme für die Entschädigung der Anleger – Richtlinie 94/19/EG – Richtlinie 97/9/EG – Begriff ‚Einlage‘ – Begriff ‚normales Bankgeschäft‘ – Begriff ‚Gelder, die im Zusammenhang mit der **Abwicklung von Wertpapiergeschäften** für Rechnung des Anlegers gehalten werden‘ – **Unmittelbare Wirkung** der Richtlinie 94/19 und der Richtlinie 97/9 – Gelder, die von den Bankkonten Einzelner auf ein auf den Namen eines Kreditinstituts eröffnetes Konto überwiesen werden und für die Bezahlung von Finanzinstrumenten, die dieses Institut ausgibt, bestimmt sind

[15.06.2017, Rs C-156/16, Tigers \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Durchführungsverordnung (EU) Nr 412/2013 – Regelung, wonach die Anwendung unternehmensspezifischer **Antidumpingzollsätze** die Vorlage einer gültigen Rechnung voraussetzt – **Zollkodex der Gemeinschaften** – Art 78 – Zulässigkeit des Nachreichens einer gültigen Rechnung

[15.06.2017, Rs C-281/16, Vereniging Hoekschevaards Landschap \(GA Kokott\)](#)

Umweltrecht – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Liste der **Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung** für die atlantische biogeografische Region – Gültigkeit der Aufnahme des Gebiets Haringvliet in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung, ohne den Leenheerenpolder einzuschließen – Verkleinerung der Gebietsoberfläche – Potenzialflächen für die Wiederherstellung

[20.06.2017, Rs C-425/16, Raimund \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Geistiges und gewerbliches Eigentum – **Unionsmarke** – Verhältnis zwischen Verletzungsklage und Widerklage auf Nichtigerklärung

[20.06.2017, Rs C-670/16, Mengesteab \(GA Sharpston\)](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Auslegung der Verordnung (EU) Nr 604/2013 – **Aufnahmegesuche** nach Art 21 Abs 1 – Fristen für die Stellung eines Aufnahmegesuchs – Zeitpunkt, zu dem ein Antrag auf internationalen Schutz nach Art 20 Abs 2 gestellt ist – Zeitpunkt, ab dem die Frist nach Art 21 Abs 1 zu laufen beginnt – Frage, ob sich das Recht auf einen Rechtsbehelf gegen eine **Überstellungsentscheidung** nach Art 27 Abs 1 auf die Nichteinhaltung der Fristen nach Art 21 Abs 1 erstreckt

[22.06.2017, Rs C-413/15, Farrell \(GA Sharpston\)](#)

Definition des Begriffs einer dem Staat zuzurechnenden Einrichtung für die Zwecke der Feststellung der **Haftung eines Mitgliedstaats** wegen nicht ordnungsgemäßer **Umsetzung einer Richtlinie** – Voraussetzungen, unter denen eine private Stelle als eine dem Staat zuzurechnende Einrichtung angesehen werden kann

[22.06.2017, Rs C-423/16 P, HX / Rat \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** – Restriktive Maßnahmen gegen Syrien – **Restriktive Maßnahmen** gegen eine im Anhang eines Beschlusses aufgeführte Person – Verlängerung der Gültigkeit dieses Beschlusses während des Verfahrens vor dem Gericht der Europäischen Union – Zustellung des Verlängerungsbeschlusses – Empfangsbestätigung – Verfahren vor dem Gericht – **Antrag auf Klageanpassung** im Zuge der mündlichen Verhandlung – Art 86 der Verfahrensordnung des Gerichts – Bulgarische Sprachfassung – Gesonderter Schriftsatz – Nichtigerklärung des ursprünglichen Beschlusses, mit dem der Betroffene auf die Liste gesetzt wurde, durch das Gericht – Ende der Gültigkeit des Verlängerungsbeschlusses – **Rechtsschutzinteresse** in Bezug auf die Klageanpassung

C. GERICHT

[21.06.2017, T-699/15, City Train / EUIPO \(CityTrain\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionsbildmarke CityTrain – Klagefrist – Zufall – **Absolute Eintragungshindernisse** – Beschreibender Charakter – **Fehlende Unterscheidungskraft** – Art 7 Abs 1 Buchst b und c und Abs 2 der Verordnung (EG) Nr 207/2009

[21.06.2017, T-286/16, Kneidinger / EUIPO - Topseat International \(abattant de toilette\)](#)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Nichtigkeitsverfahren – Eingetragenes Gemeinschaftsgeschmacksmuster, das einen Toilettendeckel darstellt – Älteres Gemeinschaftsgeschmacksmuster – **Nichtigkeitsgrund** – Eigenart – Art 6 der Verordnung (EG) Nr 6/2002

[22.06.2017, T-236/16, Biogena Naturprodukte / EUIPO \(ZUM wohl\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionsbildmarke ZUM wohl – **Absolutes Eintragungshindernis** – Beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Verweis auf den bei der Beschwerdekammer eingereichten und in der Klageschrift wiedergegebenen Schriftsatz – Dem Antrag auf mündliche Verhandlung beigefügte Beweise

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

20.06.2017, Beschwerde Nr [13812/09](#), *Bogomolova / Russland*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Verwendung einer **Fotografie** ihres **Sohnes** auf dem Cover einer staatlichen Werbe- bzw **Informationsbroschüre ohne die Zustimmung** der Bf als Verletzung in ihrem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens

20.06.2017, Beschwerde Nr [30905/09](#), *Ali Çetin / Türkei*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); konventionswidrige **strafrechtliche Verurteilung** des Bf Buchhalters wegen **Beamtenbeleidigung**, da er einen Beamten im Rahmen eines persönlichen Konflikts in einem **Brief** unter Verwendung einer **religiösen Anspielung** der Ausstellung eines unsachlichen Steuerprüfungsberichts bezichtigt hatte

20.06.2017, Beschwerde Nr [67667/09 ua](#), *Bayev ua / Russland*

Verletzung von **Art 10** (Recht auf freie Meinungsäußerung) und **Art 14** (Diskriminierungsverbot) **iVm Art 10 EMRK**; konventionswidrige Bestrafung der Bf aufgrund des **Gesetzes zum Verbot homosexueller Propaganda** in Russland; Gesetz verfolgt **kein legitimes öffentliches Interesse**, sondern **fördert Homophobie**, was mit den Werten einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar ist

22.06.2017, Beschwerde Nr [8806/12](#), *Aycaguer / Frankreich*

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privatlebens); konventionswidrige Bestrafung aufgrund der **Weigerung** des Bf, sich im Anschluss an seine Verurteilung zu einer Haftstrafe einem **obligatorischen DNA-Test** für Straftäter zu unterziehen, dessen Ergebnis in einer **nationalen DNA-Datenbank** (FNAEG) abgespeichert wird; Datenbank erfüllt aufgrund zu langer Speicherzeit der Daten sowie fehlender Löschungsmöglichkeiten **Anforderungen an Datenschutz** nicht

22.06.2017, Beschwerde Nr [12131/13 ua](#), *Bartesaghi Gallo ua / Italien*

Verletzung von Art 3 EMRK (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); Umgang mit 42 **Demonstranten** während des **G8-Gipfels 2001** in Italien, die von Polizisten in einem Schulgebäude ua **geschlagen**, getreten und mit Möbelstücken beworfen wurden, stellt **Folter** iSd Art 3 EMRK dar

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.